

Frucht ausgeteilt. Jene geredet, geschrieben und gegen alle Vorurteile von beiden Seiten gekämpft. In Hunderten von Kurven wirkten junge Akademiker für die Überbrückung der sozialen Gegensätze, sie gaben unseren Volksgenossen geistige Nahrung. Und erst draußen im Schlingengarten! Waren sie da nicht ein Herz und eine Seele, unsere Volksgenossen aus den Werkstätten und Fabrikhallen und aus den Hörsälen der Hochschulen! Sie alle umschlang ein festes Band, sie alle litten, kämpften und — starben zusammen. Wenn es hier und da nicht so war, so soll man die Schuld nicht den Personen zuschieben; die Schuld trug das verkehrte System. Die Gerechtigkeit gebietet aber, uns allen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen, was wir uns in dem beispiellosen Geschehen der Weltgeschichte einmal waren. Soll das alles langlos vergessen sein! Nein, jetzt erst recht nicht, wo die besonnenen Elemente aller Kreise zusammenstehen müssen im Kampf um wahre Demokratie und Freiheit.

Dr. Sonnenschein hat nicht vergebens gearbeitet. Die Brücke zwischen Student und Arbeiter ist geschlagen in der „Vereinigung der Freunde der christlichen Gewerkschaften an den deutschen Hochschulen“. Die Gründungsversammlung fand am 28. Oktober im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin statt. In ihr hielten Dr. Pinterneil vom akademischen Hilfsbund und Gewerkschaftssekretär Treffert einleitende Referate. Dr. Sonnenschein zeichnete die Richtlinien, nach denen die Akademiker mit den christlichen Gewerkschaften zusammenarbeiten werden. In einer Entschließung gaben die Akademiker dem Wunsche Ausdruck, eine einheitliche Front christlich gesinnter Akademiker und christlich gesinnter Angestellten und Arbeiter zu bilden, um so der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in ihrem Kampfe gegen die Herrschaft und den Terror der einseitig marxistisch-sozialistischen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen.

Mit dieser Neugründung ist eine weitere Etappe auf dem Wege zur einheitlichen Zusammenfassung aller auf dem Boden christlich-nationaler Weltanschauung stehenden Kräfte erreicht. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist eine Kultur- und Standesbewegung. Den Klassenkampf lehnt sie ab. Alle Stände haben das sittliche Recht, sich zu entfalten, alle Stände sind ökonomisch aufeinander angewiesen, Klassenkampf führt uns nicht zum wirtschaftlichen Aufstieg, sondern zum Chaos. Das Programm der christlichen Gewerkschaften ist also folgerichtig; selbst Gegner müssen dieses zugeben. Aufgabe aller muß es sein, die Idee der christlichen Arbeiterbewegung in die Massen zu tragen. Dieser Aufgabe wollen nun in besonderer Weise die Freunde der christlichen Gewerkschaften an den Hochschulen nachkommen. Möge ihrem Wirken ein reicher Erfolg beschieden sein!

Die neue Verbandsnote.

Seine wesentlichen Milderungen.

Die Antwort der Entente auf die deutsche Gefangenennote und die Antwort auf die Scapa Flow-Deutsche ist am Dienstag vormittag in Berlin eingetroffen. Die bisherigen Forderungen werden im Prinzip aufrechterhalten, gegenüber denen die in Aussicht gestellten „Ermäßigungen und Milderungen“ nur ganz geringfügig erscheinen.

Die deutsche Forderung auf sofortige Freilassung der Gefangenen wird mit einer kurzen Handbewegung abgetan und auf die wiederholten Erklärungen Frankreichs verwiesen, daß es die Gefangenen mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages freilassen werde. Es habe keinen Grund, dies neuerdings zu wiederholen.

Der Oberste Rat geht dann in der ziemlich kurz gefaßten Note auf die deutschen Einwände gegen die Schadenersatzansprüche der Entente für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow und gegen die Ankündigung etwaiger militärischer Zwangsmaßnahmen, die in der Note der Alliierten vom 1. November angedroht sind, ein.

Neben der Scapa Flow-Frage heißt es in der Note:

„Eine beigefügte Separatnote gibt Antwort auf die deutsche Note vom 24. November in der Angelegenheit von Scapa Flow. Bevor die alliierten und assoziierten Mächte ihre Forderung stellen, haben sie diese Frage geprüft. Sie teilen die Befürchtungen der deutschen Regierung wegen der wirtschaftlichen Folgen für die deutsche Flotte nicht. Sie halten das Protokoll in seiner bisherigen Fassung aufrecht. Nachdem die alliierten und assoziierten Mächte das vollständige Verzeichnis der Schwimm-

boots, der Schwimmenden Kräne, der Schlepper und der Baggerfahrzeuge, die in dem Protokoll verlangt werden, erhalten haben, werden sie ihre Auswahl bekannt geben, wobei sie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der deutschen Flotte Rechnung tragen werden. Wenn dann die deutsche Regierung beweisen zu können glaubt, daß eine der genannten Forderungen geeignet ist, Deutschland in der Befriedigung der berechtigten Bedürfnisse der Seeschifffahrt also nicht berücksichtigt werden. (D. Red.) und anderer wirtschaftlichen Lebensinteressen der gleichen Art schwer zu beeinträchtigen, so kann die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Hauptmächten ihre Rückforderungen stellen, und diese Mächte werden ihrerseits bereit sein, sie nach Anhörung der Wiedergutmachungskommission im Geiste der Billigkeit zu prüfen.“

Die zweite Bedingung der deutschen Regierung für die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls, den Schluß ab über die militärischen Zwangsmaßnahmen zu streichen, wird vom Obersten Rat mit folgenden Worten abgelehnt:

„Was den letzten Paragraphen des Protokolls vom 1. November betrifft, so ist der Oberste Rat der Meinung, daß die Unterzeichnung des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunden die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und damit den Eintritt des Friedenszustandes herbeiführen. Von da ab wird die Durchführung der Bestimmungen des Protokolls — eine Bedingung für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages — durch die allgemeinen Bestimmungen dieses Vertrages sowie durch die abhän- genden, vom Völkerrecht vorgegebenen Verfahren garantiert. Bis zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages erinnern wir zum letzten Male daran, daß die Kündigung des Waffenstillstandes gemäß dem alliierten Armeeen jede Verletzung zu den militärischen Maßnahmen zu verleihen, die als nötig erachtet werden. In diesem Sinne erwarten wir die unverzügliche Unterzeichnung des Protokolls und die Niederlegung der Ratifikationsurkunden.“

Von den in der französischen Presse in Aussicht gestellten wesentlichen Milderungen, besonders in der Scapa Flow-Frage, ist in der neuen „geheimerischen“ Note nichts zu merken. Wohl vermehrt man den brutalen höhnenenden Ton der Sprache Clemenceaus, doch um Grunde genommen werden die Forderungen aufrecht erhalten oder sind so verschleiert formuliert, z. B. bezüglich der Auslieferung der Schwimmboots usw., daß diese neuen Versprechungen nur mit größter Vorsicht und berechtigtem Mißtrauen aufzunehmen sind. Man erinnert sich nur zu gut an den Wortbruch der französischen Regierung in der Gefangenennote, und kann daher den jetzigen Ausführungen nur wenig Glauben schenken.

Wie sich die Entente die Erfüllung der Schadenersatzforderungen im einzelnen denkt, darüber schreibt Bertinaz im nationalistischen „Echo de Paris“ u. a.: „Was den Ersatz der zerstörten deutschen Schiffe von Scapa Flow betrifft, so wird es Deutschland in Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten gestattet werden, jährlich kleine Ton- nagellieferungen zu leisten, anstatt die ganzen 400 000 Tonnen sofort zu liefern. Der einzige Punkt, in dem der Vorschlag seit bleibt, sei, daß er den Vorschlag die Frage der Verantwortlichkeit für die Vernichtung der Flotte von Scapa Flow dem Schiedsgericht im Haag zu überweisen, ablehne. Die Alliierten verlangen von Deutschland die formelle Verankerung, das Protokoll zu unterzeichnen und technische Sachverständige zur Ausführung des Abkommens zu stellen.“

Halbamtlich wird in der „Deutschen Allg. Ztg.“ hierzu bemerkt:

„Bereits vor einigen Tagen ist der Versuch gemacht worden, in Paris festzustellen, wann eine Verantwortung der Mitteilung des deutschen Vertreters vom 1. Dezember zu erwarten sein wird. Bei dem großen Wert, den die alliierten Regierungen ebenso wie Deutschland auf eine schnelle Inkraftsetzung des Friedensvertrages legen, ist anzunehmen, daß die Antwort bald erfolgen wird. Für den Fall, daß es zu weiteren mündlichen Verhandlungen kommt, besteht, wie wir hören, die Absicht, neben Herrn von Simon auch einen Delegierten aus den Hansestädten zu entsenden, der darüber Aufschluß geben könnte, welche Wirkung die Abgabe der verlangten 400 000 Tonnen Hafenmaterial auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben würde.“

Erklärungen der britischen Regierung.

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lord Curzon in Unterhaus: Zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung finden Verhandlungen wegen sofortiger Ratifizierung des Friedensvertrages statt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Du, weniger ängstlich, als mutig kühn zu bitten. Fast möchte ich sagen — nur Pfeile des Glaubens in's Herz des Ungenügsamen abgedrückt, mehr als lange vor diesem Herzen gewirkt. — Auch in meiner mannigfaltigen Armut halt' ich mich an Gott — oft bin ich so kühn im Beten, daß ich's niemandem, auch keinem Christen nicht, sagen dürfte. Gottes Güte und seine Verheißungen machen mich oft übermenschlich kühn — tollkühn würd' es die schwache Christenheit nennen, die durch Zaghaftigkeit den Ungenügsamen und Allgegenwärtigen zu ehren meint.

Was braucht's da Schonen? — Schwachheit schont.

Staub schmeißt gern dem Staube. —

Dir Herr, der hoch im Himmel wohnt.

Dir schmeißle nie mein Glaube!

Wie kam es, daß der Kreis um Stilling ein Segen wurde für die ganze, damalige christliche Welt? Woher ihre Ruhe und ihr Wandel in lichtvoller Einsicht? Woher ihr gottbegnadetes Arbeiten auch mit den Gaben des Verstandes und den Mitteln der ihnen zu Gebote stehenden Wissenschaft? „Unter Leiden prägt der Meister in die Herzen, in die Geister sein allgütiges Bildnis ein.“ Stillings Leben ist beispielweise eine Kette läuternden Leidens. Wer will die Glieder dieser Kette aneinanderreihen: Unverständene Jugend vergebliches Suchen nach dem Ideal, Sturz auf Sturz durch böse Menschen, Demütigungen bis zum äußersten, harte, sehr harte Wege in der Familie — und

Die Abreise der Amerikaner.

Die Abreise der amerikanischen Friedensdelegation ist nun beschlossen. Die „Petit Journal“ und „Echo de Paris“ versichern, hat das Staatsdepartement Herrn Bost und seinen Kollegen den Auftrag erteilt, sich am Mittwoch nach Newport einzuschiffen. Man glaubt in Pariser Kreisen, daß durch die Abreise der amerikanischen Friedensdelegation der Völkerrat als aufgelöst zu betrachten sein werde, und daß in absehbarer Zeit an seine Stelle eine Völkerratskonferenz treten werde. Der Friede mit Ungarn wird jedenfalls noch von dem Völkerrat, der inzwischen Völkerrat geworden sein wird, erledigt werden. — Lord Grey verläßt seinen Völkerratsposten in Washington wieder, da die damit verbundene Sondermission wegen der Nichtunterzeichnung des Friedens und der Krankheit Wilsons hinfällig geworden ist.

Der Schutz Ostpreußens.

Oberpräsident Winia dankt den Baltikum-Kämpfern.

Der mehrheitssozialistische Oberpräsident der Provinz Ostpreußen Winia sprach in einer Versammlung der Deutschnationalen in der Königsberger Börse den Baltikumkämpfern seinen Dank und seine Anerkennung aus.

Mit Nachdruck wandte er sich gegen die mit billigenden Äußerungen über die Baltikumkämpfer. Für ihn seien die Baltikumkämpfer keine „Klana- bere“ und keine Räuber, keine Meuterer und keine Verbrecher. Sie wollten viel, sie wollten vielleicht zuviel erreichen, und sie scheiterten im guten Glauben auf der Suche nach einer neuen Welt. Es entziehe sich heute ganz und gar unserer Beurteilung, wie groß die Volkswirtschaftsgefahr für Ostpreußen sei und ob diese Gefahr in naher Zeit oder weniger naher Zeit akut werden wird. Aber unsere Pflicht sei es uns vorzubereiten, nicht erst so lange warten, bis der Feind vor unserer Tür stehe und in sie eintringe, sondern unsere Pflicht sei es, die zuständigen Stellen des Reiches darauf aufmerksam zu machen, daß es hier oben ein Stück Deutschland zu verteidigen gelte. (Stürmisches Bravo!) Soweit es in unserer Macht liege, bleibe nichts unangetan, um den Ernst der gegenwärtigen Zeit den verantwortlichen Stellen des Reiches zum Bewußtsein zu bringen, und vor noch nicht 24 Stunden habe er der Reichsregierung wiederum berichtet, daß die Lage Ostpreußens von einem Ernst sei, wie noch nie seit dem ersten Tage des Krieges.

Die Antwort des Reichspräsidenten.

Ein Protest der Königsberger gegen die von der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehren wurde dem Reichspräsidenten übermittelt. In diesem Protest wurde auf die Gefahren des Volkswirtschafts hingewiesen, die der Provinz drohen. Als Antwort hat der Reichspräsident nachstehendes Telegramm geschickt: „Die Reichsregierung und die Volksgenossen im Reich werden Ostpreußen in seiner gegenwärtigen Bedrängnis nicht allein lassen. Der Schutz der ostpreussischen Grenzen ist Sache des ganzen Reiches. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind vorbereitet.“

Der Rückzug aus dem Baltikum.

Die Eiserner Division und die deutsche Legion haben der Rückzug fortgesetzt. Schaulen soll geräumt sein für die zu erwartenden Truppen sind folgende Unterbringungsräume vorgesehen: Eisene Division nördlich der Straße Memel—Gordau, das dritte Regiment dieser Division, das bereits eingetroffen ist südlich dieser Straße, die deutsche Legion östlich der Straße Laugsgarten—Ilkist. Von der deutschen Legion befinden sich auf dem Rückzug fünf Bataillone, zwei Eskadronen und zehn Batterien. In Hendenburg kam es zu einem Zwischenfall zwischen den Angehörigen eines Militärtransportes und einem französischen Kontrollfahrzeug. Der französische Offizier wurde mit dem Seitenschild bedroht. Die Wache konnte rechtzeitig eingreifen.

Großstadtfaulnis.

Weltberühmt ist Hamburg als die Hochburg der Unsitlichkeit. Aber nur erbenlich: Schmutz und Schund überflutet diese Stadt und richtet ganz grauenhafte Verheerungen an. Alle möglichen niederlichen, leichtfertigen Elemente jeder Geschlechts haben hier ihren Tummelplatz. Unzählige junge Mädchen hin und her aus dem Reich, bis nach Sachsen, Bayern und Württemberg hinab, kommen und fallen oft schon am Bahnhof gewissenlosen Lüstlingen oder gar Mädchenhändlern ahnungslos in die Hände. Bald sind sie so-

manne geheime P...
Unzuchtshäuser hin...
viert sind. In 12...
200 Unzuchtshäuser...
glücklichen Mädchen...
nicht selten unter u...
Betrieb darin h...
Verkauf seines B...
130 000 Mark bezif...
Sündenlohn. Das e...
schnitt ann hmen, 2...
einer einzigen Stal...
Wieviel brutale...
in diesen Lasterh...
Männerwelt! Ma...
es in unserer so...
kellenlose Männer...
nichtsdes Urteil...
Kreisen kommen fi...
hinauf! Antlich...
Männer täglich di...
selt 1½ Millionen...
übertragen leichtf...
Opfer und diese...
manchmal unwillig...
gefällt. Und zurück...
dazu soll man no...
warnen? Wer ei...
anlegen.

Die Hamburger...
stellt sich diesem V...
ihre Boten allab...
straßen aufklärend...
sehen wir der um...
gelben West bemah...
allergeringste Sch...
es, beherrschte sich...
erwartet, daß sie...
für alle.

Die Na...

124. St...

Auf der Ta...

eine Rundgebung...

Zurückhaltung...

Präsident F...

note eingegan...

gehender Beratu...

Neuerungen des...

möglich. Die R...

Tagesordnung a...

Damit ist 1/2...

Schluß 1/2...

125. St...

Auf der T...

fragen.

Abg. Simon...

pakete aus dem...

Ministeriald...

abgabener sein...

Beträge zurück...

Abg. Dr. W...

dem Heimfährte...

In Regieru...

Januar dem B...

Der Antrag...

stelt (Generalp...

Herold (Str.) de...

Es folgt die...

gehetes.

Abg. Jarow...

verhandlungen.

Reiches opfert...

schritten dieses...

vom Vermögen...

allgemeine Ausb...

Abg. Nieß...

weisung des En...

arbeitung. Tägl...

bi. Voten gedru...

Wagen auf die...

rechts.) Unsere...

Unlütigen freie...

häufig Impoten...

gen Entscheidung...

und kulturlo'sen...

rechts.) Die R...

ein gefährliches...

latentesten Besti...

Schulden auf die...

für falsch. Den...

sagen, nur der...

Abg. Dr. H...

ihre Lage ist j...

aus noch ein. Z...

minister mit ein...

vor den Gelbde...

Bei der Fortba...

eine korrupte V...

Unser Volk wä...

des Krieges, we...

gehabt hätte. G...

wenn seine unde...

ließen. Es ist...

finanzminister i...

den Zugriff auf...

Wenn doch einm...

schafflicher Slat...

dann machen G...

berum; dann le...

doch lieber glei...

Putzrupe und B...

im Zentrum d...

der Värm. Der...

fortzusetzen. R...

unbaltlich. Ru...

den Delega-
tural" und
atsdeparte-
en Auftrag
inschiffen.
die Abreise
Fünftertat
und daß in
hafter Konse-
wird jeden-
hen Bierer-
n. — Lord
Washington
ndermission
ns und der
t.
ns.
ntum
ident der
einer Ver-
Bismarcker
t und seine
a die mit
umkämpfer.
ne Plä-
n und keine
n viel leicht
guten Blau-
t. Es ent-
Beurteilung,
preußen sei
der weniger
iere Willig-
ne warten,
und in sie
die zutän-
am zu ma-
tschland zu
soweit es in
an, um den
antwortlichen
vornamen, und
Reichsregie-
Ostpreußens
dem ersten
en.
die von der
dienterwehen
t. In die-
Bolschewis-
Als Ant-
Telegramm
vorkommenden
denwärtigen
lung der off-
Reiches. Die
vorbereitet."

mannte geheime Prostituierte, andere werden direkt in die Unzuchtshäuser hineingebettet, für die eigene Strafe referiert sind. In 12 solcher Straßen sind nicht weniger als 209 Unzuchtshäuser (Bordelle), in denen Tausende von unglücklichen Mädchen dem Schandgewerbe preisgegeben sind, nicht selten unter unbeschreiblichen Seelenqualen. Welch ein Betrieb darin herrscht, erhellt daraus, daß ein Besitzer beim Verkauf seines Bordells seinen jährlichen Gewinn auf 130 000 Mark bezifferte! Nicht dazu gerechnet ist der direkte Sündenlohn. Das ergibt, wenn wir diese Summe als Durchschnitt annahmen, 27 Millionen Mark, die in diesen Häusern einer einzigen Stadt jährlich vergeudet werden.

Wieviel brutales Zertrampeln menschlichen Empfindens in diesen Lasterhöhlen durch unsere so hoch herfahrende Männerwelt! Man sollte es nicht für möglich halten, daß es in unserer so hochgebildeten Zeit noch so brutale und krankenlose Männer gibt. Die Bordellstraßen fallen ein verächtliches Urteil über unsere Männerwelt. Aus allen Kreisen kommen sie dahin, bis zu den gekrönten Häuptern hinauf! Amüßlich ist festgestellt, daß durchschnittlich 4000 Männer täglich die öffentlichen Straßen betreten, das sind fast 1½ Millionen im Jahre! Ungezählte der Männer übertragen leichtfertigerweise die böse Krankheit auf ihr Opfer und diese wieder auf die nachfolgenden Männer, manchmal unwissend, oft aber auch aus glühendem Rachegefühl. Und zurück kehrt das Unglück in die Familie, und dazu soll man noch schweigen, darüber nicht laut öffentlich warnen? Wer ein Herz hat, der muß reden, muß Hand anlegen.

Die Hamburger Mitternachtsmission, Alexanderstraße 23, stellt sich diesem Verderbensstrom entgegen. Sie läßt durch ihre Boten allabendlich vor den Eingängen der Bordellstraßen aufklärende, warnende Schriften verteilen. Viele gehen mit der um, und Tausende bleiben vor der furchtbaren gelben Pest bewahrt, denn Entlastbarkeit ist das beste und allergeringste Schutzmittel. Wer ein Mann ist, der beweist es, beherrscht sich selbst und liebt so, wie er von seiner Frau erwartet, daß sie gelebt habe oder lebe. Gleiches Recht für alle.

Die Nationalversammlung.

124. Sitzung, Berlin, 9. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt eine Kundgebung der Nationalversammlung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen. Präsident **Fehrenbach** teilt mit, daß die Entente-Note eingegangen ist und daß das Kabinett zu eingehender Beratung zusammengetreten ist. Die geplante Ausrückung des Außenministers ist daher zurzeit unmöglich. Die Kundgebung muß daher heute von der Tagesordnung abgesetzt werden. Damit ist das Haus einverstanden. Schluß ½ 2 Uhr.

125. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. **Simon-Schwaben** (Soz.) bittet, Liebesgabenpakete aus dem Ausland zollfrei zu lassen. Ministerialdir. **Zacher**: Solche Sendungen sollen abgabenfrei sein. Auf Antrag werden schon gezahlte Beträge zurückerstattet. Abg. **Dr. Beder-Hessen** (D. Bp.) erkundigt sich nach dem Hermitagegesetz. In Regierungsvorstellung erteilt, es solle im Januar dem Parlament vorgelegt werden. Der Antrag **Trimbom** (Str.) über die Steuernachschüsse (Generalparolen) wird auf Vorschlag des Abg. **Herold** (Str.) dem Steuerauschuß überwiesen. Das Reichsnotopfer.

Es folgt die zweite Beratung des Reichsnotopfergesetzes. Abg. **Farwid** (Str.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. § 1 lautet: Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen (Reichsnotopfer). Zunächst steht eine allgemeine Aussprache ein.

Abg. **Wieser** (D. Bp.): Wir beantragen Zurückweisung des Entwurfes an den Ausschuss zwecks Umarbeitung. Täglich werden jetzt für 50 Millionen Reichsmark gedruckt, das kann der stärkste finanzielle Wagon auf die Dauer nicht tragen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Zeit gewährt in großem Umfange den Untätigen freie Bahn, beseitigt Exzellenzen, läßt aber häufige Impotenzien an ihre Stelle treten. Bei wichtigen Entscheidungen überläßt sie häufig einer struppigen und kulturlosen Minderheit den Ausschlag. (Sehr wahr! rechts.) Die Vorlagen des Reichsfinanzministers sind ein gefährliches sozialistisches Experiment mit konfessionellen Bestimmungen. Die Abbildung der Kriegsschulden auf die Schultern einer Generation halte ich für falsch. Den kleinen Rentnern bleibt, wie sie selbst sagen, nur der Selbstmord übrig. (Hört! hört! rechts.)

Abg. **Dr. Hugenberg** (D. ntl.): Unsere wirtschaftliche Lage ist jetzt trostlos. Die Regierenden wissen nicht aus noch ein. In diesem Augenblick kommt der Finanzminister mit einer solchen Steuer. Ich stelle mich nicht vor den Geldbeutel der Besitzenden. (Lachen links.) Bei der Fortdauer der heutigen Wirtschaft muß sich eine korrupte Verwaltung entwickeln. (Unruhe links.) Unser Volk wäre glänzend geblieben, wie zu Anfang des Krieges, wenn es die richtigen politischen Führer gehabt hätte. Es würde wieder zur Erholung kommen, wenn seine unheimlichen Verführer es zur Ruhe kommen ließen. Es ist unerhört, wenn ein deutscher Reichsfinanzminister durch das Reichsnotopfer dem Feinde den Zugriff auf das deutsche Vermögen so bequem macht. Wenn doch einmal das deutsche Volk an die Rette wirtschaftlicher Sklaverei gelegt werden soll, Herr Erzberger, dann machen Sie es doch offen, aber nicht hintenherum: dann lassen Sie, Herr Erzberger, den Feind doch lieber gleich das Ruhrgebiet besetzen. (Lebhafte Pfuirufe und Zurufe: Volksverräter! Hr. Bärm links und im Zentrum. Andauernde Schlußrufe und Stenogramm. Der Redner versucht vergeblich, seine Rede fortzusetzen. Es ist dem Vizepräsidenten Hausmann unmöglich, Ruhe zu schaffen. Er unterbricht daher

25. Dezember.

Wenn Sie bis dahin für das neue Vierteljahr die Zeitung nicht bestellt haben, garantiert die Post nicht für rechtzeitige Lieferung.

Die Sitzung und Beratung eine neue Sitzung auf 4½ Uhr an.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fährt Abg. **Hugenberg** fort: Es wird die Zeit kommen, wo der Industriearbeiter sich nach dem Kapitalismus zurücksehnen wird. (Sehr richtig! rechts.) Er wird sich vom Marxismus lossagen, aber bis dahin wird noch viel zerstückt werden. Werden wir die Kraft finden, im letzten Augenblick den rettenden Sprung auf die Rettungsplatte zu tun? (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Der Abg. Hugenberg in nach seiner Rede für die Regierung politisch tot. (Luruf rechts: Sie sind schon längst tot!) Der Vorwurf, wir wollten den Feind ins Ruhrgebiet lassen, reicht nicht an meinen Stiefel heran. Während wir in Verhandlungen stehen, bringt es ein deutschnationaler Abgeordneter fertig, mit dem Gedanken zu spielen, den Feind marschieren zu lassen. (Pfuirufe links.) Das Jahr 1914 war das Geburtsjahr des Scheiterns, als es hieß: wir brauchen Kriegsmaterial, Geld spielt keine Rolle! (Sehr richtig! links, stürmische Unterbrechungen, Gloride des Präsidenten.) Redner polemisiert zum Schluß gegen Hoyer und verwirft die Anträge auf Zurückverweisung an die Kommission. Es folgen eine große Reihe persönlicher Bemerkungen. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß ½ 7 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 9. Dezember.

Nach der Erledigung kleiner Anfragen wird ein Gesetzentwurf über die Bildung eines Provinzialausschusses für die Restprovinz Posen ohne Aussprache angenommen.

Ein Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Hannover — Einbeziehung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Linden — wird ohne Aussprache dem Gemeindevorstand überwiesen. Der Etat des Hauses der Abgeordneten wird an den Staatshaushalt zurückverwiesen.

Die Etats über das Landesvermessungsamt, die Ausgaben für Zwecke der Landesvermessung und der Haushalt der Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen werden nach kurzer Beratung angenommen.

Auktions-Etat.

Die zweite Beratung des Auktions-Etats wird fortgesetzt beim Abschnitt Universitäten.

Abg. **Cunow** (Soz.): Trotz der Niederlage muß die Weltgeltung deutschen Geistes aufrecht erhalten bleiben. Das Universitätswesen ist zu vereinheitlichen. Die Universitäten sind zu explosiv geworden. Mehr praktische Arbeiten müssen geleistet werden, deshalb ist der seminaristische Unterricht auszugestalten. Die Reform des staatswissenschaftlichen Unterrichts ist besonders wichtig. Die Zulassung zum Studium muß abgemindert werden; Es muß auch ohne Abiturium gehen.

Abg. **Dr. Nähler** (Dnatt.): Bei der Reform des Universitätswesens darf man sich nicht in allzuviel Einzelheiten verlieren. Nicht nur auf der Arbeit des Arbeiters und Proletariats, sondern auch auf der der Wissenschaft und ihrer Jünger beruht das Wohl des Vaterlandes. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär **Dr. Beder**: Infolge der Streitfälle in Marburg, Königsberg, Greifswald und Göttingen ist den Universitäten der Vorrang gemacht worden, sie seien Brutstätten der Reaktion. Es wäre verhängnisvoll für unsere Kultur, wenn wirklich eine tiefe Kluft zwischen Hand- und Kopfarbeitern vorhanden wäre. (Zustimmung.) Viel stärker als die materielle ist die ideelle Seite der Sorgen des geistigen Deutschlands. Hier spielt eine große Rolle der steuerliche Zugriff auf die kleinen Rentnervermögen. Der Regierung liegt die Aufrechterhaltung der Aristokratie der Bildung am Herzen.

Die Instrumente der Einwirkung auf das Volk sind neue geworden. Wenn die Gelehrten lernen, diese Instrumente zu gebrauchen, werden sie Führer des Volkes sein, sonst werden sie hinweggeführt. (Sehr richtig! links.) Alle Parteien haben ein Interesse daran, daß nicht beim parlamentarischen System die Universitäten unter den Einfluß einer Parteidoctrin kommen. Der Staat wird allerdings immer Kontrollinstanz bleiben müssen.

Abg. **Dr. Preuß** (Dem.): Früher ist schon einmal gesagt worden: Die Universitäten sind wie die rohen Eier: wenn man sie fest zuschüttet, stellen sie sich auf die Hinterbeine und wehren sich. (Große Heiterkeit.) Es muß aber fest zugepackt werden im Interesse der nationalen Vereinheitlichung des Universitätswesens. (Zustimmung.) In einem Volk mit starken nationalen und politischen Instinkten wäre es unmöglich, daß sich eine Partei „deutschnational“ nennen dürfte, (Lebhafte Zustimmung links. — Lärm rechts), eine Partei, die nationale Ideen mit reaktionären verbindet. Wenn die atemische Jugend sich ihr zuwendet, so erklärt es sich daraus, daß die akademische Jugend die Begriffe deutsch und national angelehnt der Erniedrigung Deutschlands und dem Willen zu seiner Weibermächtigung bei ihr besonders stark verbinden und sie sich deshalb auch der politischen Rechte anschließen, in der irrigen Annahme, dort ihre Ideale am besten gesichert zu sehen.

Abg. **Dr. Wehl** (U. Soz.): Die Professoren halten den gegenwärtigen Zustand nur für einen vorübergehenden. Eine Regierung, die es ernst meint, muß energisch dazwischen fahren und sich von ihnen nicht mehr auf der Nase herumtanzen lassen. Noch immer sind die Hochschulen kapitalistische Zwingsburgen.

Abg. **Dr. Thaeer** (D. Bp.): Bei den heutigen Verhältnissen mit der Ueberfüllung der Universitäten sollte man ruhig das akademische Studium erschweren. Nur der wirklich Geeignete sollte zugelassen werden. Die Besetzung der Hochschullehrer muß aufgebessert werden. In die Kraft des deutschen Idealismus glauben wir auch weiter. (Beifall bei der D. Bp.)

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr 15 Minuten.

Deutsches Reich.

Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Ausschuss zur Prüfung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau des Ruhrgebiets trat in Essen wieder zusammen, um die im August begonnenen Beratungen fortzusetzen.

Die Viehablieferungen an die Entente. Für die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages hat der Reichswirtschaftsminister mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses der Nationalversammlung nähere Bestimmungen getroffen. Sie beziehen sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine und Geflügel. Der Reichswirtschaftsminister fordert die Tiere nach den Ergebnissen der Viehzählung von den Ländern als Leistungsverbänden an. Vorher sollen die Landesbehörden gehört werden. Die Landeszentralbehörden können die Last weiter verteilen. Der Anforderung unterliegen nicht eine Milchkuh oder nach Wahl des Besitzers statt einer solchen zwei Ziegen oder zwei Schafe, wenn die bezeichneten Tiere für die Ernährung des Besitzers, seiner Familie und seines Gefolges unentbehrlich sind. Die Tiere werden beschlagnahmt. Die Besitzer sind verpflichtet, die Tiere unentgeltlich vorzuführen. Die Verpflichteten können durch Ordnungsstrafen bis zu fünftausend Mark in jedem Einzelfalle zur Vorführung der Tiere angehalten werden. Die Entschädigungen trägt das Reich.

Die Reichsregierung gegen eine Sozialisierung des Handwerks und Gewerbes. Bei der Münchener Professorensammlung des Allgemeinen Gewerbevereins gegen die Kommunalisierungsabteilung des Münchener Stadtrats wurde eine Erklärung Erzbergers mitgeteilt, wonach kein Mitglied des Reichskabinetts der Sozialisierung und Kommunalisierung des Handwerks und Gewerbes zustimmen würde.

Keine Verkehrsperre zu Weihnachten. Gegenüber den immer wieder auftauchenden Gerüchten, daß eine neue Verkehrsperre während der Weihnachtszeit zu erwarten sei, erklärt die „Frankfurter Zeitung“, daß bei der Preussischen Eisenbahnverwaltung keine solche Absicht bestehe.

Staatszuschuß und höhere Lehrer. Eine für alle Lehrkräfte an städtischen höheren Lehranstalten bedeutungsvolle Verfügung hat der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge das preussische Unterrichtsministerium erlassen. Den Gemeinden ist es, wie man weiß, freigestellt, bei der Festlegung der Dienstbezüge der Lehrkräfte an den städtischen höheren Lehranstalten gelten. Der Minister bezeichnet es aber als grundsätzlich unzulässig, daß der Staat mit seinen Mitteln dazu beiträgt, die Lehrkräfte an den städtischen Anstalten in ihren Dienstbezügen besser zu stellen als die an den staatlichen Anstalten. Bewilligt daher eine Gemeinde, die einen Staatszuschuß erhält, ihren Lehrkräften höhere Dienstbezüge, als sie für die gleichen Lehrkräfte an staatlichen Schulen festgesetzt sind, so muß hierin das Eingeständnis erblickt werden, daß sie des Staatszuschusses nicht mehr bedarf. Dieser soll daher von dem Zeitpunkt ab wegfallen, zu dem die Erhöhung der Dienstbezüge wirksam wird. Im Einverständnis mit dem Finanzminister hat der Unterrichtsminister bestimmt, daß die Provinzialaufsicht vor der Auszahlung der nächsten Rate des Staatszuschusses zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für die Fortzahlung des Zuschusses noch bestehen.

Neuregelung der Beamtenbesoldung in Preußen. Die demokratische, sozialdemokratische und Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung haben einen Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu eruchen, 1) entsprechend der für das Reich bestimmten in Aussicht gestellten Besoldungsregelung auch für Preußen bis spätestens zum 1. April 1920 oder mit Wirkung vor diesem Tage ab eine Neuregelung des Besoldungsgesetzes vorzunehmen und 2) bis zu dieser Neuregelung die laufenden Teuerungszulagen der Staatsbeamten entsprechend den veränderten Teuerungsverhältnissen ab 1. Januar 1920 zu erhöhen. Ferner haben dieselben Parteien beantragt, bei der zu erwartenden Neuregelung der Beamtenverhältnisse den gehobenen Unterbeamten den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

Das Urteil im Marloshprozeß. Nach mehrtägiger Verhandlung ist das Urteil im Prozeß gegen den Oberleutnant Marlosh verurteilt worden. Der Angeklagte, dem die Erschießung von 29 Angehörigen der Volksmarineteilung während der Märzunruhen in Berlin zur Last gelegt war, wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen, wegen unerlaubter Entfernung vom Heere zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, von denen zwei Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurden, wegen Führung falscher Legitimationspapiere wurde Leutnant Marlosh zu 30 Mark Geldstrafe eventuell drei Tage Haft verurteilt.

Die erste überseeische Tabaksendung. Die seit 1914 ersten direkten Tabakzufuhren aus den überseeischen Produktionsländern sind in Hamburg eingetroffen und zwar 13 000 Ballen Brasiltabak und 275 Acker. Seedleaf. Weitere 8000 Ballen Brasiltabak werden noch in diesem Monat erwartet. Ferner stehen im Januar etwa 10 000 Ballen Brasiltabak und riesige Mengen andere Sorten in Aussicht. Vom Einfuhrabschluß wird es abhängen, wieviel von diesen Zufuhren in den Konsum gelangen kann.

Rundschau im Auslande.

Infolge eines Volksbegehrens wird der schweizerische Bundesrat das Vorkommen eines Volksabstimmung unterwerfen; sie ist auf den 1. Februar angesetzt.

Der Papst hat eine Enzyklika über die katholischen Missionen herausgegeben.

Der belgische Kriegsminister hat eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die näheren Umstände prüfen soll, unter denen die Übergabe der belgischen Festung Antwerpen an die Deutschen erfolgte.

Das republikanische Komitee des Bezirkes von Namers hat beschlossen, dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Caillaux, der sich seit langer Zeit unter dem Verdachte des Landesverrats in Untersuchungshaft befindet, die Kandidatur für den Generalrat anzubieten.

Österreich: Eine amerikanische Hilfsaktion für Wien.

Die Amerikaner planen eine umfangreiche Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Bevölkerung Wiens. Es handelt sich um eine Zuwendung von 10 000 Ballen Baumwolle, welche vollkommen für Wäscheherstellung bereitgestellt werden sollen. Im ganzen werden mindestens zwei Millionen Garnituren, bestehend aus Hemd und Hose, hergestellt werden. Damit wird nicht nur der fürchterlichen Wäsende Not begegnet, sondern auch Beschäftigung für viele Tausende von Arbeitern geschaffen. Der Wert des amerikanischen Geschenkes wird auf annähernd 300 Millionen Kronen geschätzt.

Ungarn: Schwere Ausschreitungen in Budapest.

Im Anschluß an eine antisemitische Kundgebung kam es zu mitleidigen Ausschreitungen. Eine mehrtausendköpfige Menge zog zur Redaktion des sozialdemokratischen Parteiorgans „Népszava“, kürzte das Gebäude, drang in die Redaktion und in die Druckerei ein und zerstörte die Einrichtung vollkommen. In der Druckerei wurden sogar die Rotationsmaschinen vernichtet. Von da zog die Menge, patriotische Lieder singend, zur Redaktion des „Népszava“, wo vor allem die Fenster eingeschlagen wurden. Dann drangen auch hier einige Studenten und Offiziere in die Redaktionräume ein, zerstörten die Möbel, verbrannten Manuskripte und demolierten die Einrichtung. Das Erscheinen der beiden angegriffenen Zeitungen ist in Frage gestellt. Es ist bemerkeenswert und bezeichnend, daß weder das Militär, noch die Polizei einen Anlaß gefunden hatte, gegen die Demonstrationen einzuschreiten. Erst auf Anordnung des englischen Obersten Hares wurden die Demonstrationen zerstreut. In der Stadt herrscht große Aufrichtung, da wieder unkontrollierbare Progromgerüchte kursieren.

Frankreich: Elsaß-Lothringern bei der Eröffnung der Kammer.

In der Eröffnungsfeier der neu gewählten französischen Kammer verlas der Abgeordnete Francis Wey namens der elsass-lothringischen Abgeordneten eine längere Erklärung, in der er auf den feierlichen Protest der Elsaß-Lothringern gegen die Abtreibung der beiden Provinzen Elsaß und Lothringen in der Nationalversammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Schon damals hätten die Abgeordneten verkündet, daß der Friedensvertrag von 1871 für sie null und nichtig sei und geschworen, für sich und ihre Kinder, daß sie das Recht der Elsaß- und Lothringern, Mitglieder der französischen Nation zu bleiben, dieser unheimlichen Besitzergreifung gegenüber nicht geknicken würden. Jetzt schmiedeten die elsass-lothringischen Abgeordneten die Kette der historischen Ueberlieferungen wieder zusammen. Jetzt, wo sie ihren Sitz in der französischen Kammer wieder einnehmen, gaben sie Deutschland und der ganzen Welt von neuem zu verstehen, daß Elsaß-Lothringen niemals aufgehört habe, mit seinem ganzen Herzen der französischen Familie anzugehören, und daß sie die tiefste Befriedigung darüber empfänden, wieder zu ihr zurückzukehren. (?) Nicht mit Unrecht habe Deutschland die Volksabstimmung im Jahre 1918 geltend. Die neuen Wahlen hätten bewiesen, daß Deutschland auf seinen Fall mehr das Recht habe, Gebiete zurückzuerlangen, die es Kraft des Eroberungsrechtes beiseite habe. — Die Erklärung

schloß mit dem Dank an die französische Nation und die Arbeiter für die Befreiung der beiden Provinzen und die gebrachten Opfer. — Die Stimmung, wie sie gegenwärtig in den „beirten“ Reichsländern herrscht, dank der französischen Verwaltung, gibt Frankreich nicht das Recht, als Vertreter Elsaß-Lothringens solche Töne zu reden.

Verschiedenes.

200 000 amerikanische Weihnachtspakete auf dem Meeresgrund. Der amerikanische Dampfer „Kerwood“, der kürzlich vor Vorkum auf eine Mine lief, hatte eine überaus wertvolle Ladung für Deutschland an Bord, die leider bei der Bergung völlig verloren ging. Sie bestand aus 3000 Tonnen Liebesgaben und zum anderen Teil aus Kupfer, Zinn usw. und stellte einen ungefähren Wert von 30 bis 35 Millionen Mark dar. Unter den Liebesgaben befanden sich 26 000 Sack Pakete. Durchschnittlich enthielt jeder Sack 7 bis 8 Pakete, so daß etwa 200 000 Weihnachtspakete, die für Deutschland bestimmt waren, auf dem Meeresgrund versenkt wurden. Wie manche Weihnachtsfreude hat dadurch nicht in Erfüllung gehen können. Der „Kerwood“ hatte außerdem noch 3000 Sack Briefpost an Bord. Ohne Zweifel wird von der Ladung noch manches an den ostpreussischen Strand treiben, da das Unheil sich in der Nähe von Vorkum abspielte.

Auch Prinz Adalbert läßt sich in Holland nieder. Bei der Amsterdamer „Telegraaf“ aus Amersfoort meldet, daß die Gerüchte verbreitet, daß auch für einen Sohn des Kaisers, wahrscheinlich für Prinz Adalbert, ein Landgut gekauft werden soll. Das Terrain gehörte zu den Besitzungen des Grafen Bentinck. Der Kaiser soll bereits verschiedentlich mit Prinz Adalbert bei der Vermessung des Grundstücks anwesend gewesen sein.

Die Umstellung der Kruppischen Werke auf den Friedensbetrieb macht gute Fortschritte. Vor einigen Tagen hat die erste von der Firma Krupp in Essen fertiggestellte Lokomotive mit zehn neuen Eisenbahnwagen, die gleichfalls von der Firma Krupp hergestellt waren, die weite Werkstatt verlassen. Der Lokomotiv- und Wagenbau der Firma Krupp beschäftigt heute rund 3500 Personen (einschließlich Beamte) und ist imstande, bei normaler Beschäftigung mindestens 500 große Lokomotiven und 2500—3000 Wagen jährlich herzustellen.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 11. Dezember 1919.

Zum Deutsch-nationalen Arbeitertag in Bielefeld. Vor Jahresfrist schrieb der jetzige Leiter des Landesarbeiterschulungsbundes der D. N. L., Herr Hartwig: „Unser Städtchen würde seinen schönsten Tag erleben, wenn er noch sehen dürfte die Wiedervereinigung der Parteien unter demselben Programm, welches damals die Trennung herbeiführte.“ Mancher braver Streiter in Minden-Ravensberg, auch sicher im übrigen Deutschland, welcher tapfer unter dem christlich-sozialen Banner gekämpft hatte, schüttelte damals den Kopf über unsere Parteileitung. Heute nach einem Jahr wird mancher schon ruhiger die Sache auffassen und den Männern Dank wissen, die es verstanden haben, das neue Programm so zu gestalten, wie es jetzt vorliegt. Was

sollen wir denn nun noch schaffen in der Partei, die uns nicht in allen Teilen zuzustimmt, wird mancher alte, treue Kämpfer sagen. Aber gerade jetzt braucht dich das Vaterland, die Partei, auch dich, du christlich und national Denkender, gleichviel ob Arbeiter, Beamter oder Mittelstandsmann; Einfluß gewinnen, gerechte Anschauungen über Staats-, Wirtschafts- und Kirchenfragen zur Geltung bringen und Achtung verschaffen, muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Am 13. Dezember soll darüber beraten werden, wie die Arbeiter der Partei zugeführt und zu gewinnen sind. Den Fernstehenden mag das verkehrt erscheinen. Es ist aber das schönste Werk der Partei, daß sie die Klaffengegensätze überbrückt und so den Frieden schafft, will, für den wir immer gekämpft haben. Wir wollen keinen Internationalismus. Für deutsche Eigenart und Größe treten wir ein. Das Buch der Bücher soll uns die Richtschnur geben, die unser Volk aus dem inneren Sumpf und äußeren Zwang zu retten imstande ist. Gerechtigkeit erhofft ein Volk, aber die Sünde ist der Menschen Verderben.

Ein solches Wort von Gerechtigkeit hat Herr Eugen Berg gesagt: „Dem Arbeiter den Gewinnanteil!“ Fürwahr, ein schöner Satz, welcher jeden deutschen Arbeiter freuen kann, der sich noch nicht hat fangen lassen von leeren Phrasen und Schlagwörtern wie Freiheit und Brüderlichkeit und träumt vom ewigen Frieden in einer unvollkommenen Welt. Darum, deutscher Mann und Arbeiter, hab' wieder Vertrauen zueinander. Vertrauen auch zur Deutsch-nationalen Volkspartei. In ihr kannst du deine wirtschaftlichen Wünsche besser zur Geltung bringen als früher, wo wir allein standen. Aber das heißt auch Pflichten zu erfüllen in der Partei, Mitarbeit in den Ortsgruppen. Wir wollen keinen Überpatriotismus, aber auch keinen Gelegenheits-, Wucher- und Schieberpatriotismus. Selbstlos arbeiten, auch dem Nächsten sein Brot gönnen, dann überwinden wir gemeinsam die Not und das Elend, was uns bedrückt. Ein lieber Christ sagte neulich: „Jetzt ist Freudezeit für Christen.“ Wir fügen hinzu: Es ist deutsche Zeit. In der Not wird der Deutsche wieder deutsch. Gott gebe, daß wieder die alte, deutsche Treue erwacht! Deutsches Volk, Gott schick dir eine Gnadenzit. Glaube es. Halbe Arbeit schafft er nicht. An dir liegt es, deutscher Arbeiter, deutscher Mann, welches du erwählen willst, ganz in den Abgrund oder durch Nacht zum herrlichen Morgenrot.

Ein alter Christlich-sozialer. * Schilderung. (Kirchliches.) Die schönste Zeit im Jahr merkt man auch in unserem kirchlichen Leben. Die kirchlichen Vereine haben ihren Mitgliederbestand wieder erneuert. Nun versehen sie wieder mit frischem Gelingen die liturgischen Gottesdienste. Die Leitung hat Herr Schlerking. Zu wünschen wäre es, daß noch viele Gemeindeglieder dem Verein ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Am 3. Adventssonntag soll im Verein mit Bielefelder Kräften ein Kirchenkonzert veranstaltet werden, welches schön zu werden verspricht. — Im ganzen herrscht rege Tätigkeit in unserer kirchlichen Gemeinde, in Wort- und Schriftverbreitung. Möchten viele Segen davon haben und viele Gemeindeglieder erkennen, daß die Kirche ihre beste Freundin ist.

Für den Anhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichbach 141. Alles, was die Expedition betrifft, als Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Millionen Heinenbrot Bethel bei Bielefeld, Postfachkonto 7382 Hannover.

Herzliche Weihnachtsbitten.

Die 200 Kinder

in unserer Anstalt, die durch viel Jammer und Herzeleid hindurchgegangen sind und

ohne Elternhaus

soviel entbehren müssen, sollen auch erfahren, daß Weihnachten das Fest der Liebe und der Freude ist. Darum

bitten

wir unsere Freunde im Lande, alle, die fröhliche Weihnachten feiern wollen,

herzlich,

diese armen Kinder nicht zu vergessen und uns durch Weihnachtsgaben und Weihnachtskerlein dazu zu helfen, daß auch sie das Fest, wenn auch in aller Einfachheit, doch fröhlich feiern können. Alles, was Kinder brauchen können, ist uns willkommen: Kleidungsstücke aller Art, auch schon abgetragene, und natürlich auch Spielsachen und Kinderbücher für Knaben und Mädchen und Christbaumkerzen. Gott öffne vieler Herzen und Hände und segne jede, auch die kleinste Gabe mit seiner Weihnachtsfreude.

Schweigen bei Herford.

Anstalt Eickhof, im Advent 1919.

Büchel, Pastor.

Wir haben

auch ein Postfachkonto, wie jedermann es haben sollte: Postfachkonto Mittelndorf in Volmerdingsen b. Bad Drenthausen Hannover 4652 (schon seit 1912). Leider herrscht in unserem Konto jetzt beständig Ebbe. Wir brauchen nämlich jetzt täglich etwa 2300 M. Wir möchten gern unseren armen Waisen eine Weihnachtsgabe reichen. Sie sind wie Kinder leicht zu erfreuen, aber es sind ihrer viele. 755. Da brauchen wir dennoch viel! Wer hilft mit? Für jede Gabe sagt herzlich Dank namens der Ärmsten

Brünger, Pastor.

Die große Schor

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bittet in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachtsfest in barmherziger Liebe zu gedenken. — Freundschaftliche Spenden nimmt dankbar entgegen D. S. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser, Angersburg, Ostpr. Postfachkonto Königsberg 2423.)

Deutschnationaler Volksverein Bielefeld.

Am Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr,

findet im großen Saale des Vereinshauses Bahnhofstraße 39, die

Weihnachtsfeier

statt, wozu Mitglieder und Freunde unserer Partei, sowie auch schulpflichtige Kinder herzliche eingeladen werden

Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfennig.

Evangel. Kirchenbeamter

(Kriegsbesch.), verh. 28 J., als Diakon bei Kirchengemeinden als Buchhalter und Kassierer tätig, sucht, da die jetzige Gemeinde das Gehalt für einen vorgeordneten Beamten nicht aufbringen kann, eben solche Beschäftigung bei einer anderen Kirchengemeinde oder als Rentant bei bestehendem bzw. neu einzurichtendem Gemeindeamt. Selbiger ist bereit, ein ev. Gemeindeglied einzurichten unter Berücksichtigung der heutigen Zeitverhältnisse. Zeugnisse und Empfehlungen stehen zur Verfügung. Angebote unter Angabe, welches Gehalt voran sichtlich gezahlt werden kann unter H. W. an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Am Freitag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr

Versammlung des Deutsch-nationalen Volksvereins

im Speisesaal von Groß-Bethel.

Vortrag von Herrn Pastor Dietrich:

Das neutrale Ausland und wir.

Vier Stunden beim deutschen Kaiser in Holland.

Gäste, Frauen und Männer, sind herzlich willkommen.

Suche für meine Tochter

Si liana in frühlichem Jahre zur Erlernung des Hausalters bei vollem Familienanschluß zum 1. April 1920.

Angebote unter W. R. an die Exped. d. Zeitung

Zu kaufen gesucht!

Breschen, griech.-deutsch Periton für das R. T., möglichst neuere Ausgabe. Angebote unter N. S. an die Exped. d. Zeitung.

Butterverkauf im Landkreis Bielefeld.

Am Freitag und Sonnabend dieser Woche gelangen für die Fettversorgungsberechtigten in den Butterverkaufsstellen auf die für den 12. und 13. Dezember gültigen Fettmarken 40 Gramm holländische Margarine zu 52 Pfg. und 60 Gramm Inlandsmargarine zu 59 Pfg., ferner Nachlieferung aus vergangener Woche: 50 Gramm Speisefett zu 60 Pfg. zur Verteilung.

Selbstversorger erhalten auf die Marke Nr. 15 der laufenden Periode:

25 Gramm Inlandsmargarine zu 25 Pfg. Die Markenmarken über 50 Gramm ebenfalls für die Woche vom 12. und 13. Dezember gültig, werden mit 50 Gramm Butter zu 46 Pfg. beliefert.

Die Ausgabe für die Butterverkaufsstellen erfolgt Donnerstag früh und zwar holländische Margarine, Inlandsmargarine und Speisefett vom Lager der Bezirksstelle (Konsum-Verein), Butter vom Lager Rohreischstraße des Kriegswirtschaftsamtes.

Bielefeld, den 8. Dezember 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Die Evangelisch-soziale Schule

in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Aufträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeglieder, Jugendpfleger, Missionärsdiener oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule D. Jaeger.

Meiner Zeitung meine Anzeigen!